

## **Niederschrift**

über die 35. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien  
am Mittwoch, **29.04.2009**, 17:05 Uhr,  
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Dr. Veit Christoph Baecker, Meik Bolte , Carmen Greefrath, Josef Rickfelder

### **von der SPD-Fraktion**

Maria Anna Hakenes (bis 19.48 Uhr, TOP 9.1), Adrian Hergt, Marianne Hopmann

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Jutta Möllers, Karl-Heinz Neubert

### **von der FDP-Fraktion**

Dr. Karin Obst

### **von den Trägern der freien Jugendhilfe**

Frank Beckmann (ab 17.27 Uhr, TOP 4), Stephan Degen, Prof. Dr. Martin Heidrich,  
Jutta Lebkücher, Ulrich Messing, André Saphörster

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Spyridon-Paul Marinos (ab 17.23 Uhr, TOP 4, abwesend von 18.20 Uhr, TOP 6, bis 19.22 Uhr,  
TOP 9.1)

### **beratende Mitglieder**

Gerda Benien, Klaus Fröse (bis 19.54 Uhr, TOP 9.2), Dr. Andrea Hanke, Beate Heeg,  
Lisa Hester, Petra Karallus in Vertretung von Gabriele Markerth, Ingeborg Menke, Anna Pohl,  
Ulrich Schindler, Marike Storck-Wildoer, Norbert Weitz (bis 19.30 Uhr, TOP 9.1), Dietmar Wiese

### **von der Verwaltung**

Gerd Bertling, Stephan Böhme, Jörg Espei, Tilman Fuchs, Birgit Herdes, Sibylle Kratz-Trutti,  
Heinz Lembeck, Karl Materla, Frank-Detlev Philipp, Dr. Anna Ringbeck, Frank Treutler,  
Heiner Vogt, Ludger Watermann

### **für die Schriftführung**

Heike Dierks

### **Es fehlten entschuldigt:**

Manfred Hardt, Carina Hedrich, Ute Kuchenbecker, Gabriele Markerth, Franz Pohlmann,  
Jana Rietkötter, Lutz Selig, Rita Tücking, Dirk Zeuner

### **Gäste:**

Herr Dr. Michael Seligmann, IJOS (Institut für Jugendrecht, Organisationsentwicklung und Sozialmanagement), Frau Sabine Busch-Böckmann, Ev. Kirchenkreis - Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII – AG 5 „Kindertagesbetreuung“

**Tagesordnung:**

- |                           |  |
|---------------------------|--|
| <u>V/0201/2009</u><br>IV  | 1. Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien   |
|                           | 2. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist   |
|                           | 3. Eingegangene Anträge und Eingaben   |
|                           | 4. Berichte und Mitteilungen   |
|                           | 5. Anfragen von Ausschussmitgliedern   |
| <u>V/0257/2009</u><br>IV  | 6. Offene Ganztagschulen;<br>Umwandlung weiterer Schulen in offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2009/10 und Herrichtung weiterer Betreuungsräume an bestehenden offenen Ganztagschulen       |
| <u>V/0997/2008</u><br>III | 7. Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfallprävention 2008 und Aufstellung eines Verkehrssicherheitsprogrammes Münster 2009-2013   |
| <u>V/0075/2009</u><br>V   | 8. Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Armutsrisiko in den Bereichen Bildung, Gesundheit und früher Förderung                                    |
|                           | 9. Flexible Kindertagesbetreuung   |
| <u>V/0273/2009</u><br>IV  | 9.1. Flexible Kindertagesbetreuung - Auswertung der Elternumfrage Dezember 2008  |
|                           | 9.2. „Grundlagen zur Umsetzung flexibler Betreuungsangebote für Kindertageseinrichtungen in Münster“ - eine Handreichung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII – „Kindertagesbetreuung“ |
| <u>V/0855/2008</u><br>V   | 10. 10 Jahre Gesundheitshaus   |
| <u>V/0202/2009</u><br>IV  | 11. Jahresbericht 2008 des Familienbüros   |
| <u>V/0211/2009</u><br>IV  | 12. Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (Zukunftsinvestitionsgesetz) in der Kinder- und Jugendhilfe   |
| <u>V/0289/2009</u><br>IV  | 13. u3-Ausbauprogramm der Stadt Münster - Zuschüsse für freie Träger zum erforderlichen Ausbau des Raumprogramms   |
| <u>V/0242/2009</u><br>IV  | 14. Errichtungsbeschluss: Nutzung von Räumlichkeiten in der Astrid-Lindgren-Schule für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Gelmer   |
|                           | 15. Verschiedenes  |

Herr Rickfelder eröffnete um 17.05 Uhr die 35. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien und begrüßte alle Anwesenden.

Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug er vor, den Tagesordnungspunkt (TOP) 12. nach dem TOP 5. und den TOP 14. (14.1 und 14.2) nach dem ursprünglichen TOP 7. zu behandeln und die übrigen TOP entsprechend anzupassen. Es erhob sich kein Widerspruch.

Es ergab sich somit folgende Reihenfolge: TOP 1. – 5. wie geplant, TOP 6. (bisher TOP 12.), TOP 7. – 8. (bisher TOP 6. – TOP 7.), TOP 9., 9.1, 9.2 (bisher TOP 14., 14.1, 14.2), TOP 10. – TOP 13. (bisher TOP 8. – TOP 11.), TOP 14. (bisher TOP 13.), TOP 15. wie geplant.

Des Weiteren teilte Herr Rickfelder mit, dass die Verwaltung vor der Sitzung folgende Tischvorlagen verteilt hat:

- einen Beratungsverlauf zur Vorlage V/0997/2008
- einen Beratungsverlauf zur Vorlage V/0075/2009
- einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion/ FDP-Fraktion zur Vorlage V/0075/2009
- einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL zur Vorlage V/0075/2009
- einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL zur Vorlage V/0257/2009
- ein Schreiben der Elterninitiative Aegidii-Ludgeri-Schule Münster zur Raumsituation an der Schule (Bezug: Vorlage V/0257/2009, s. TOP 12.)
- einen Flyer:  
Einladung zu der Wanderausstellung „Sprich mit mir!“ des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e.V.  
(s. dazu: TOP 4.3.: Berichte und Mitteilungen)

Zudem lagen den Mitgliedern des Ausschusses ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage V/0997/2008, TOP 7. (neu), sowie ein Antrag der CDU-Fraktion/ FDP-Fraktion zu TOP 9.1 (neu) vor.

**Punkt 1 der Tagesordnung  
V/0201/2009**

**Bestellung einer Schriftführerin für die Sitzungen  
des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien**

Herr Rickfelder bedankte sich bei dem bisherigen Schriftführer, Herrn Heinz Lembeck, für die hervorragende Zusammenarbeit, die fachliche Unterstützung und sein hohes Engagement. Alle Fraktionen schlossen sich dem Dank für die gute Arbeit an. Für die Zukunft wünschte er sich eine ebenso gute Zusammenarbeit mit der Nachfolgerin, Frau Heike Dierks. Die Fraktionen schlossen sich diesem Wunsch ebenfalls an.

Der Ausschuss beschloss einstimmig:

### **Beschlussvorschlag:**

Sachentscheidung

1. Zur Schriftführerin für die Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien wird Frau Heike Dierks bestellt.
2. Zum stellvertretenden Schriftführer für die Sitzungen des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien wird Herr Heinz Lembeck bestellt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

<b>Punkt 2 der Tagesordnung</b>	<b>Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist</b>
---------------------------------	--

Die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern wurde zu den Tagesordnungspunkten 6. (neu), 7. (neu) und 8. (neu) gewünscht.

<b>Punkt 3 der Tagesordnung</b>	<b>Eingegangene Anträge und Eingaben</b>
---------------------------------	--

Herr Rickfelder teilte mit, dass ein Schreiben der Elterninitiative der Aegidii-Ludgeri-Schule Münster zur Raumsituation an der Schule eingegangen sei. Es beziehe sich auf die Vorlage V/0257/2009 (s. TOP 6 neu). Das Schreiben lag allen Mitgliedern als Tischvorlage vor.

<b>Punkt 4 der Tagesordnung</b>	<b>Berichte und Mitteilungen</b>
---------------------------------	----------------------------------

Frau Pohl berichtete:

- Aktionstag „Zeit für Familie“ am 15. Mai 2009

Am 15. Mai 2009, dem „Internationalen Tag der Familie“, finde wie jedes Jahr ein bundesweiter Aktionstag statt. In Münster übernehme das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien eine koordinierende Funktion. Unter dem Motto „Familienzeit in Familienzentren“ würden in insgesamt sieben Familienzentren in verschiedenen Stadtbezirken und Stadtteilen unterschiedliche Aktionen angeboten. Teilnehmer seien:

- Familienzentrum Janusz-Korczak-Haus in Gremmendorf:  
Zirkusprojekt
- Familienzentrum Kindertagesstätte Katharinenstraße:  
Aktionsspätnachmittag rund um den Aaseewald, gemeinsames Abendpicknick und Dämmerungswanderung durch den Wald
- Familienzentrum Killingstraße in Kinderhaus:  
Flohmarkt und Tag der offenen Tür
- Familienzentrum Kita Rumphorst
- Familienzentrum Toppheide (3 Kitas im Verbund)
  - Städt. Kindertageseinrichtung Legdenweg in Gievenbeck,
  - Kita Am Gievenbach,
  - Kindergarten Gescherweg in Gievenbeck

Weitere Informationen zum Aktionstag seien unter <http://www.aktionstag2009.de> zu finden.

- Qualitätsmanagement in Kindertageseinrichtungen – QUAMS

Das „Qualitätsmanagementsystem Münster für Kindertageseinrichtungen“ sei von 2003 – 2005 erstmals in 15 Kindertageseinrichtungen verschiedener Träger in Münster erprobt worden (QUAMS 1). In den Jahren 2006 bis 2008 folgte ein zweites Projekt mit 12 Kindertageseinrichtungen (QUAMS 2), das auf der Basis der Erfahrungen mit dem ersten Projekt weiter optimiert worden sei. Im Jahre 2009 unterstütze das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien erstmals auch andere Qualitätsmanagementmaßnahmen finanziell. Insgesamt handele es sich um acht Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen freier Träger, davon in sieben Einrichtungen das QualiCaMS (System der Qualitätssicherung und Entwicklung in Einrichtungen und Diensten der Caritas im Stadtdekanat Münster) und in einer Einrichtung um das KTK-Gütesiegel.

- Wanderausstellung „Sprich mit mir!“

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien präsentiere vom 27. April bis 14. Mai 2009 die Wanderausstellung des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e. V. (dbl) in der Stadtbücherei. Als Tischvorlage wurde dazu ein Flyer verteilt. Die Stadtbücherei stelle nicht nur die Räume für die Ausstellung, sondern knüpfe als Kooperationspartner bei den Angeboten ihrer Kinderbücherei auch an das Thema der Ausstellung an. So werde die ESPA mit Studierenden ihres „Aufbaubildungsgangs Sprachförderung“ am Samstag, 09.05.2009, praktische Angebote zur Kommunikation zwischen Eltern und Kindern in der Kinderbücherei anbieten. Am 04.05.2009, 20.00 Uhr, halte die Sprachtrainerin Kerstin Heinemeyer aus Münster im Lesesaal der Stadtbücherei einen vertiefenden Vortrag zur Sprachentwicklung von Kindern. Der Eintritt zu den Veranstaltungen sei frei.

- Aktionsprogramm Kindertagespflege – Erfolgreiche Bewerbung der Stadt Münster

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien habe sich erfolgreich beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für das Aktionsprogramm Kindertagespflege beworben. Die Stadt Münster sei mit 154 anderen Kommunen aus 180 Bewerbungen ausgewählt worden. Durch Fördermittel des Europäischen Sozialfonds werde eine halbe Personalstelle über drei Jahre finanziert. Das Deutsche Jugendinstitut sei wissenschaftlich an der Begleitung des Programms beteiligt. Ziel sei es,

- über die Kursleiterinnen der Familienbildungsstätten neue Tagesmütter zu motivieren,
- in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und der Agentur für Arbeit Tagespflegepersonen zu finden, die im Rahmen betrieblicher Zusammenarbeit tätig werden und in anderen Räumen betreuen,
- Tagespflegepersonen für die Randzeitenbetreuung zu gewinnen.

- Münsteraner Jungentag

Am 23. April 2009 habe der 4. Münsteraner Jungentag stattgefunden. An dem Jungentag 2009 hätten rund 830 Jungen aus 56 Schulklassen teilgenommen. Die Angebote seien durch 25 Träger der Jugendhilfe und 20 Schulen aus allen Schulformen sichergestellt worden. Die Veranstaltung finde zunehmende Akzeptanz.

Herr Rickfelder schlug in diesem Zusammenhang vor, die Öffentlichkeitsarbeit zum Jungentag zu verbessern. Es solle eine mit dem „Girls' Day“ vergleichbare Aufmerksamkeit erreicht werden. Frau Pohl betonte, dass entsprechende Pressemitteilungen weitergegeben worden seien. Auch sie würde eine angemessene Verzahnung mit dem „Girls' Day“ begrüßen.

- Richtlinien zur Gewährung von wirtschaftlichen Leistungen (einmalige Beihilfen und Zuschüsse)

In den Richtlinien zur Gewährung von wirtschaftlichen Leistungen nach dem SGB VIII - hier: einmalige Beihilfen und Zuschüsse - seien einzelne Beträge an die Höhe der vom Sozialamt gewährten Beträge gekoppelt, zum Beispiel für die Erstausrüstung mit Bekleidung. Hier sollten aus Gründen der Gerechtigkeit einheitliche Beträge gewährt werden. So wurde zum Beispiel die Übernahme der Kosten für mehrtägige Klassenfahrten in tatsächlicher Höhe entsprechend einem Urteil des Bundessozialgerichts geregelt.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien habe aus diesem Grund die Richtlinien entsprechend angepasst.

- Kooperationsvertrag zur Einlösung des Familiengutscheins

Am heutigen Tage sei eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Münster und den vier Familienbildungsstätten zur Einlösung des sog. „Familiengutscheins“ unterzeichnet worden. Eltern neugeborener Kinder, die sich einen Familienbesuch des städtischen Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien wünschten, bekämen ab dem 01. Mai 2009 einen Gutschein in Höhe von 20 Euro überreicht, den sie bei Kursen „rund um das Kind“ bei den Familienbildungsstätten in Münster einlösen könnten. Familien, die seit dem 01. Januar 2009 bereits von einer Mitarbeiterin des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien besucht worden seien, bekämen den Gutschein nachträglich zugesandt.

Auf Nachfrage führte Frau Pohl ergänzend aus, dass eine Evaluation dieser Maßnahme Bestandteil des Kontraktes sei. Über die Ergebnisse werde im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien berichtet.

- Betreuungsplätze für Kinder im Kindergartenalter im Stadtteil Gievenbeck

In der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 04.03.2009 sei von Mitgliedern darauf hingewiesen worden, dass nach seinerzeit aktueller Presseberichterstattung insbesondere in Gievenbeck Schwierigkeiten bestünden, für einige Kinder einen Platz in einer Kindertageseinrichtung zu erhalten (vgl. TOP 16. der genannten Sitzung). Frau Pohl führte dazu aus, dass sich die Situation zwischenzeitlich geklärt habe. Die Schwierigkeiten hätten sich – wie in der Sitzung angenommen – ausschließlich durch die Mehrfachanmeldungen von Kindern in verschiedenen Kindertageseinrichtungen ergeben. In einem Einzelfall sei ein Kind gar in 30 Kindertageseinrichtungen angemeldet worden.

Frau Lebkücher bat in diesem Zusammenhang darum, eine Regelung zu finden, die diese Problematik löst, beispielsweise durch Vorgabe einer maximalen Anzahl von Kindertageseinrichtungen, bei denen eine Anmeldung pro Kind zulässig ist.

Frau Dr. Ringbeck berichtete:

- Programm „STÄRKEN vor Ort“

Die Stadt Münster erhalte Fördermittel aus dem ESF-Programm „STÄRKEN vor Ort“ (vormals LOS) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit dem sozial benachteiligte Jugendliche und Frauen gezielt gefördert werden sollen. Dabei gehe es insbesondere um die Unterstützung ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Integration und darüber hinaus um die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe. Die Förderung beziehe sich auf das Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ und eine sinnvolle Erweiterung dieses Gebiets um die Stadtteile Kinderhaus und Coerde.

Insgesamt stünden 300.000 € für den Förderzeitraum 2009 bis 2011 zur Verfügung, pro Maßnahme maximal 10.000 € (sog. Mikroprojekte). Durch einen Begleitausschuss bewilligt würden die Mikroprojekte, in denen sich u.a. Bewohner/-innen engagieren.

### **Punkt 5 der Tagesordnung**

### **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Es lagen keine Anfragen vor.

### **Punkt 6 der Tagesordnung V/0257/2009**

### **Offene Ganztagschulen; Umwandlung weiterer Schulen in offene Ganztags- schulen zum Schuljahr 2009/10 und Herrichtung weiterer Betreuungsräume an beste- henden offenen Ganztagschulen**

Frau Dr. Hanke berichtete zur Vorlage.

Sie wies darauf hin, dass in dieser Vorlage noch keine Lösungsvorschläge zur Deckung der zusätzlichen Raumbedarfe an der Davertschule in Amelsbüren und der Ludgerus-Schule in Hilstrup-West enthalten seien. Dazu werde die Verwaltung voraussichtlich zur nächsten Sitzung separate Vorlagen erstellen. Frau Dr. Hanke machte grundsätzlich deutlich, dass aufgrund der liegenschaftlichen Gegebenheiten künftig zusätzliche Erweiterungen zunehmend an Grenzen stoßen und nicht mehr bzw. nur noch eingeschränkt realisierbar seien. Mit Hinweis auf das vorliegende Schreiben der Elterninitiative der Aegidii-Ludgeri-Schule Münster führte sie aus, dass es sich bei dieser Vorlage um die Umsetzung eines Ratsbeschlusses handele.

Frau Möllers erläuterte und begründete für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL folgenden Änderungsantrag:

„Der HA/ Rat möge beschließen:

Die Ziffern 2 und 4 erhalten folgende Fassung:

2. Der Rat beschließt die kommunalen Standards für die OGS neu festzulegen. Die maximale Gruppengröße wird auf 25 Kinder (perspektivisch schrittweise auf 20 Kinder) abgesenkt mit der Folge, dass ab dem 26. Kind eine neue Gruppe gebildet und eine zweite Erzieherin/zweiter Erzieher eingestellt wird. Der Rat beschließt im Rahmen eines bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuungsangebote an offenen Ganztagschulen incl. der unter 1. benannten Schulen entsprechend weitere Gruppen einzurichten und die Haushaltsmittel für Personal und Sachkosten zur Verfügung zu stellen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Berücksichtigung der **neu** festgelegten Qualitätsstandards erforderlichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durchzuführen (vgl. Anlage 2 streichen)

Der Begründungstext der Beschlussvorlage, die Aufwandsberechnungen sowie die Anlagen ändern sich entsprechend."

Sie schlug vor, die Vorlage zu schieben und sich zunächst noch einmal mit dem Inhalt des Änderungsantrags zu befassen.

Es ergab sich eine intensive Diskussion, insbesondere zur Frage von Qualitätsstandards.

Frau Pohl erläuterte in diesem Zusammenhang ergänzend, dass derzeit die Qualität des aktuellen OGTS-Konzeptes evaluiert werde und diverse Modelle zur Optimierung auch in Zusammenarbeit mit den freien Trägern geprüft würden. Dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde voraussichtlich im September/ Oktober dieses Jahres eine Bestandsaufnahme vorgelegt. Dies wurde von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Nach kurzer Erörterung beantragte Frau Möllers, über den o.g. Antrag abzustimmen.

Der Antrag wurde mit 8 Nein-Stimmen und 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Sodann ließ Herr Rickfelder über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

### **Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt, zusätzlich zu den bisher geführten 42 offenen Ganztagschulen die folgenden Schulen ab dem Schuljahr 2009/10 in offene Ganztagschulen umzuwandeln:

Davertschule Amelsbüren  
 Grundschule Sprakel  
 Pleisterschule (zum 01.02.2010)

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass unter der Voraussetzung der Genehmigung der Bezirksregierung Münster zur Umwandlung dieser 3 Schulen ab dem Schuljahr 2009/10 bis auf die Theresienschule und die 3 Ganztagschulen in gebundener Form alle städtischen Grundschulen als Offene Ganztagschulen geführt werden. Die Theresienschule hat sich gegen eine Umwandlung in eine Offene Ganztagschule ausgesprochen.

2. Der Rat beschließt im Rahmen eines bedarfsgerechten Ausbaus der Betreuungsangebote an offenen Ganztagschulen incl. der unter 1. benannten Schulen bis zu weitere 20 Gruppen einzurichten und entsprechende Haushaltsmittel für Personal und Sachkosten gem. Ziffer III. zur Verfügung zu stellen sowie die Personalausstattung im Verwaltungsbereich/ Elternbeiträge anzupassen. Damit erhöht sich die Gesamtgruppenzahl auf voraussichtlich 97 Gruppen im Rahmen der Offenen Ganztagschule (s. Anlage 1).

Im Stellenplan 2009 werden dafür zum 01.08.2009 folgende Planstellen eingerichtet:

10,75 EGr. 6 (VergGr. VIb/Vc BAT)	pädagogische Fachkräfte (Produktgruppe 0602)
2,00 EGr. 8 (VergGr. Vc BAT)	Sachbearbeiter/-in Elternbeiträge (Produktgr. 0601)



3. Der Rat beschließt, das zur Flankierung und Aufwertung der Angebote zur Verfügung stehende Förder- und Innovationsbudget entsprechend der gestiegenen Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in offenen Ganztagschulen zu erhöhen. Darüber hinaus wird das Fortbildungsbudget für die pädagogischen Fachkräfte in offenen Ganztagschulen entsprechend der gestiegenen Anzahl der Fachkräfte erhöht.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Berücksichtigung der festgelegten Qualitätsstandards erforderlichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durchzuführen (vgl. Anlage 2).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Entwicklung der Gruppenzahlen in den kommenden Jahren zu beobachten und im Bedarfsfall Raumkonzepte zu entwickeln und zur Entscheidung vorzulegen sowie die entsprechende Umsetzung der Standards im Betreuungsbereich (Personal- und Sachkosten) zu gewährleisten. Bei Bedarf werden auch hierzu entsprechende Entscheidungen herbeigeführt.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung z.z. Lösungsvorschläge zur Deckung der Raumbedarfe der Davertschule Amelsbüren erarbeitet und dem Rat mit einer separaten Vorlage in der Sitzung am 24.06.2008 zur Entscheidung vorlegen wird.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, zum Herbst 2009 eine Darstellung der Angebote im Rahmen der Offenen Ganztagschulen vorzunehmen und dem Rat zur Kenntnis zu geben.

#### II. Kosten/Folgekosten

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sowohl aufgrund der Umwandlung der 3 weiteren Grundschulen in Offene Ganztagschulen als auch der Ausweitung der Gruppenzahlen an den bestehenden Offenen Ganztagschulen in den vergangenen Jahren bzw. zum Schuljahresbeginn 2009/10 sowohl zusätzliche Investitionskosten als auch Personal- und Sachkosten entstehen.

#### III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

#### **Investitionskosten– Budget im Amt für Schule und Weiterbildung**

Der Rat hat in seiner Sitzung am 25.03.2009 beschlossen, aus dem Konjunkturprogramm des Bundes 570.000 € für Maßnahmen im Bereich OGTS und 1.200.000 € für eine Kombilösung „Kita/OGTS“ an der Davertschule Amelsbüren bereitzustellen (vgl. Vorlage V/0137/2009/2).

#### **Personal- und Sachkosten – Budget im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien**

Für die Einrichtung der bis zu 20 weiteren Gruppen im Offenen Ganztage an Grund- und Förderschulen werden jährlich zusätzliche Personalaufwendungen (10,75 Stellen für Erzieher/innen sowie Entgelte für den Einsatz geringfügig Beschäftigter), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Fortbildungsmittel sowie ein erhöhtes Förder- und Innovationsbudget benötigt. Die für das Jahr 2009 zusätzlich benötigten Mittel stehen im Haushaltsplan 2009 bei der Produktgruppe 0602 „Kinder- und Jugendarbeit“ zur Verfügung. Die ab dem Jahr 2010 zusätzlich benötigten Mittel sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2010 bereitzustellen.

<b>Aufwendungen</b>					
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung		Betrag		Bemerkung
			2009	2010 ff	
11	Personalaufwendungen	Pädagogische Fachkraft	121.830 €	292.400 €	Der Eckwert für die Personalaufwendungen erhöht sich entsprechend
		Beschäftigungsentgelte für geringfügig Beschäftigte	75.850 €	439.230 €	
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Kostenerstattungen an freie Träger	52.080 €	333.750 €	Kapitalisierte Personalanteile
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Förder- und Innovationsbudget	49.980 €	119.950 €	
		Fortbildungsetat	4.170 €	10.000 €	
		<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>303.910 €</b>	<b>1.195.330 €</b>	

<b>Erträge</b>					
Zeile im Teilergebnisplan	Bezeichnung		Betrag		Bemerkung
			2009	2010 ff	
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Landeszuwendung	153.750 €	307.500 €	
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Elternbeiträge	45.420 €	108.990 €	
		<b>Erträge gesamt</b>	<b>199.170 €</b>	<b>416.490 €</b>	

		<b>Zuschussbedarf</b>	<b>104.740 €</b>	<b>778.840 €</b>	
--	--	-----------------------	------------------	------------------	--

#### Erläuterungen/Hinweise:

Nach jetzigem Stand ist davon auszugehen, dass insgesamt 4 weitere Schulen im Rahmen des Offenen Ganztags eine Kooperation mit einem freien Träger eingehen werden. Die hierfür benötigten Mittel werden vorerst komplett als Sachaufwendungen veranschlagt (siehe Zeile 13 im Teilergebnisplan). Sofern es zum nachrangigen Einsatz von städtischen Beschäftigten kommen sollte, werden die „Sachaufwendungen“ haushaltsneutral in Personalaufwendungen umgewidmet.

Die zusätzlich im Verwaltungsbereich einzurichtenden Planstellen verursachen Mehraufwendungen i.H.v. 93.560 €/Jahr (Durchschnittskosten). Die Mittel werden haushaltsneutral durch Umwidmung von Aufwendungen für Sonstige Beschäftigte (siehe Ziffer 3.8.2.5 Verwaltungsentwurf Stellenplan 2009) im Personalbudget bereitgestellt.

**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/0997/2008**

**Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfall-  
prävention 2008 und  
Aufstellung eines Verkehrssicherheitsprogrammes  
Münster 2009-2013**

Herr Böhme stellte die Inhalte der Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Herr Rickfelder verwies auf den Beratungsverlauf zur Vorlage.

Herr Dr. Baecker erläuterte folgenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien / Rat möge beschließen:

Beschlusspunkt 5 wird wie folgt geändert:

„Der Rat stimmt dem Arbeits-/Zeitplan zur Entschärfung der Unfallhäufungsstellen/-linien ~~und dem Stufenkonzept 2009/2010 zur Neufestlegung der zulässigen Geschwindigkeiten im Verkehrsstraßennetz in Münster~~ zu.

Der Rat geht davon aus, dass die Festlegung von zulässigen Höchstgeschwindigkeiten angesichts der vielschichtigen Problementwicklung im Bereich der Unfallprävention sachgerecht zum Bereich der „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ gehört. Dabei ist es jedoch unabdingbar, dass als Grundlage für alle Maßnahmen zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für auffällige Strecken der nachvollziehbare Beweis geführt wird, dass eine tatsächlich überhöhte Geschwindigkeit dort vornehmlich unfallursächlich ist. Vor einer Umsetzung ist den zuständigen Gremien ein plausibler Bericht dazu vorzulegen.“

Nach kurzer Erörterung ließ Herr Rickfelder über den Änderungsantrag abstimmen. Der Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen.

Anschließend ließ Herr Rickfelder über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der so geänderten Fassung abstimmen.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss mit 8 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt das Verkehrsunfallgutachten (Kurzfassung) der Unfallforschung des Gesamtverbandes der Versicherer (GDV) (Anlage 4), den Verkehrsbericht mit dem Unfalltafelbild der Polizei für 2007 (Anlage 5) zur Kenntnis und stimmt der vorgelegten Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfallprävention Münster 2008 (Anlage 1) und den Empfehlungen des Verkehrssicherheitsprogrammes Münster 2009 - 2013 (Anlage 2) zu.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung die Mitglieder der Ordnungspartnerschaft, die Politik und interessierte Bürger/-Innen zeitnah zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung und informellen Bürgeranhörung einladen wird.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verkehrssicherheitsprogramm 2009 - mit besonderer Priorität zu bearbeiten. Die Prioritäten der Planung zur Entschärfung der Unfallhäufungsstellen und deren baulichen Umsetzung in Verbindung mit der achsenweisen Modernisierung der Lichtsignalsteuerung sind für 2009 - 2010 im Verkehrssicherheitsprogramm (Anlage 2) festgelegt.
4. Zuständig für die Festlegung der planerischen Prioritäten und Entscheidungen über die Aufnahme neuer Maßnahmeempfehlungen ist der Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung und Wohnen (ASSVW) nach Vorberatung im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung (APRO).

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der ASSVW 1x/Jahr über die Bearbeitung von Anträgen und über die Priorität zusätzlicher Projektplanungen im Rahmen der verfügbaren Planungskapazität und verfügbarer Finanzmittel entscheidet.

5. Der Rat stimmt dem Arbeits- / Zeitplan zur Entschärfung der Unfallhäufungsstellen /-linien ~~und dem Stufenkonzept 2009/2010 zur Neufestlegung der zulässigen Geschwindigkeiten im Verkehrsstraßennetz in Münster~~ zu.

**Der Rat geht davon aus, dass die Festlegung von zulässigen Höchstgeschwindigkeiten angesichts der vielschichtigen Problementwicklung im Bereich der Unfallprävention sachgerecht zum Bereich der „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ gehört. Dabei ist es jedoch unabdingbar, dass als Grundlage für alle Maßnahmen zur Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für auffällige Strecken der nachvollziehbare Beweis geführt wird, dass eine tatsächlich überhöhte Geschwindigkeit dort vornehmlich unfallursächlich ist. Vor einer Umsetzung ist den zuständigen Gremien ein plausibler Bericht dazu vorzulegen.**

6. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit der Polizei jährlich dem ASSVW und dem APRO über die Unfallentwicklung in Münster (Verkehrsberichte der Polizei) und über die umgesetzten Maßnahmen (Fortschrittsberichte der Verwaltung ab 2010) zu informieren und über geplante zusätzliche Projekte, Aktionen des Jahres zu berichten.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, in 2011 einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes 2009-2013 vorzulegen. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, im 2. Halbjahr 2010 ein externes Gutachten zur Wirkungsanalyse (Evaluation) der umgesetzten Maßnahmen und zur Unfall(kosten)-entwicklung der Jahre 2008-2010 durchführen zu lassen.

Das Verkehrssicherheitsprogramm wird in 2011 bei Bedarf aktualisiert.

8. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes ein zusätzlicher Finanzbedarf für (Sach- und Personalkosten ab 2009 ff) entsteht.

Die zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes notwendigen zusätzlichen Personalkapazitäten (3,5 Personalstellen für eine zusätzliche Überwachungseinheit, 2 Stellen für Planung, 1 Stelle für Projektkoordination / Kommunikation und 2 Stellen für die Bauvorbereitung, -durchführung) werden zeitlich befristet für die Laufzeit des Verkehrssicherheitsprogrammes 2009-2013 bereitgestellt (Anlage 3).

Desweiteren werden für 2009 ff. zusätzlich zum Entwurf des eingebrachten Haushaltsplanes 2009 einmalig 72.000 € im investiven Bereich zur Beschaffung eines 2. mobilen Geschwindigkeitsüberwachungssystems sowie erhöhte Aufwendungen für externe Planungskosten bei der Signalsteuerung sowie zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten bereitgestellt.

Den jährlichen Finanzbedarf ab 2009 ff zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes wird die Verwaltung unter Beachtung der angespannten Haushaltssituation in Veränderungsblättern gesondert aufbereiten und zu den Haushaltsberatungen anmelden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zusätzliche Erträge an straßenverkehrsrechtlichen Bußgeldern anfallen werden.

#### II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Folgekosten gemäß nachfolgender Ersteinschätzung entstehen. Die tatsächlichen Jahreskosten ab 2009 ff werden im Rahmen der Haushaltsberatungen aktuell aufbereitet und entschieden.

#### III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

<b>Aufwendungen</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
<b>Produktgruppe</b>	<b>02.03</b>	<b>Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten</b>			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen	2009 ff.	213.890	bis 2013
	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2009 2010 ff.	4.000 8.000	Unterhaltungskosten und sonstige Sach- und Dienstleistungen; Produktiv 01.06.2009
	14	Bilanzielle Abschreibungen	2009 2010 ff.	3.600 7.200	Abschreibung Überwachungseinheit; Produktiv 01.06.2009
	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2009 2010 ff.	25.000 50.000	Porto, Büromaterial
Zwischensumme Produktgruppe 02.03			2009 2010 2011 2012 2013	246.490 279.090 279.090 279.090 279.090	
<b>Insgesamt (2009 – 2013):</b>				<b>1.362.850</b>	

<b>Produktgruppe</b>	<b>12.01</b>	<b>Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen</b>			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen	2009 ff	133.420	bis 2013
	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – Anteil für Ordnungspartnerschaft / Beseitigung von Unfallschwerpunkten	2009 2010 2011 2012	575.000 400.000 400.000 400.000	
Zwischensumme Produktgruppe 12.01			2009 2010 2011 2012 2013	708.420 533.420 533.420 533.420 133.420	
<b>Insgesamt (2009 – 2013):</b>				<b>2.442.100</b>	

Produktgruppe	12.02	Verkehrsplanung			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen	2009 ff.	133.420	bis 2013
	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2009 2010 2011 2012	185.000 170.000 170.000 95.000	hier <u>Erhöhung</u> der bisher geplanten Ansätze
Zwischensumme Produktgruppe 12.02			2009 2010 2011 2012 2013	318.420 303.420 303.420 228.420 133.420	
<b>Insgesamt (2009 – 2013):</b>				<b>1.284.100</b>	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
<b>Produktgruppe</b>	<b>02.03</b>	Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten			
Teilergebnisplan (Zeile)	07	Sonstige ordentliche Erträge	2009 2010 ff	135.250 270.500	Verwarnungs- und Bußgelder, produktiv 01.06.2009
<b>Insgesamt (2009 – 2013):</b>				<b>1.217.250</b>	

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
<b>Produktgruppe</b>	<b>02.03</b>	Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten			
Produktgruppe	02.03	Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten			
Teilfinanzplan (Zeile)	09	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2009	72.000	Beschaffung eines 2. Geschwindigkeitsüberwachungssystems
Investitionsmaßnahme	0010	Beschaffungen Straßenverkehrsrecht			
<b>Insgesamt:</b>				<b>72.000</b>	

Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201				
Teilfinanzplan (Zeile)	8	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2009 2010	100.000 100.000	
Investitionsmaßnahme	4148	Ordnungspartnerschaft / Beseitigung von Unfallschwerpunkten	2011 2012	100.000 100.000	
<b>Insgesamt 2009 - 2012:</b>				<b>400.000</b>	

**Punkt 8 der Tagesordnung  
V/0075/2009**

**Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen mit Armutsrisiko in den Bereichen Bildung, Gesundheit und früher Förderung**

Herr Treutler berichtete zur Vorlage.

Herr Rickfelder verwies auf den Beratungsverlauf zur Vorlage.

Frau Möllers begründete für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL den folgenden Änderungsantrag:

„Der HA/ Rat möge beschließen:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in Münster ein vielfältiges und differenziertes Angebot zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen als Regelangebot der Stadt Münster oder der freien Träger vorhanden ist. Nicht überall sind jedoch die Zugänge zu diesen Angeboten so beschaffen, dass die Angebote Kinder und Jugendliche mit Armutsrisiko in wünschenswertem Maße tatsächlich erreichen, ihnen insbesondere bekannt oder für sie finanzierbar sind.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in Münster außerschulische Aktivitäten wie Sport, Musik, oder andere kulturelle Aktivitäten, auch punktuelle Nachhilfe, die Kinder aus Familien mit genügendem Einkommen üblicherweise wahrnehmen, Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien von wenigen Ausnahmen abgesehen, schwer zugänglich oder verschlossen sind.
3. Die Stadt Münster berichtet im Rahmen ihres fachbezogenen Berichtswesens in Zukunft regelmäßig auch über die Inanspruchnahme ihrer Regelangebote durch Kinder und Jugendliche mit Armutsrisiko. Angebote, für die Beiträge und Gebühren erhoben werden, sollen einbezogen werden. Dabei erfasst sie auch, ob Kinder und Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte, ihrem prozentualen Bevölkerungsanteil entsprechend teilnehmen.
4. Die Stadt Münster sorgt in Zukunft dafür, dass alle Familien in Münster über die Angebote in Münster, die zur außerschulischen oder das schulische Angebot ergänzende Förderung von Kindern und Jugendlichen beitragen können, auf geeigneten Wegen informiert werden. Die kommunalen Fördermöglichkeiten durch Beitragsreduzierungen, Kostenübernahme und ähnliche Unterstützungsformen sollen offensiv bekannt gemacht werden.
5. Die Stadt Münster richtet einen eigenständigen Förderfonds mit einem jährlichen kommunalen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro ein, mit dessen Mitteln Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien der Zugang zur außerschulischen oder das schulische Angebot ergänzende Förderung ihrer Fähigkeiten und persönlichen Entwicklung erleichtert werden kann. Dieser Förderfonds kann durch Sponsorenmittel aufgestockt werden. Die Vergabe der Mittel wird so ausgestaltet, dass sie mit möglichst wenig bürokratischen Aufwand verbunden ist und keine neuen Zugangsbarrieren schafft.
6. Die Stadt Münster verabredet mit den freien Trägern im Bereich der Familienbildung, der Jugendkunstschulen, der Musikalischen Früherziehung, der Jugend- und Familienhilfe, der allgemeinen Weiterbildung sowie des Sports einen Runden Tisch, um darauf hinzuwirken, dass deren Angebote für Kinder und Jugendliche mit Armutsrisiko besser als bisher zugänglich gemacht werden können. Dabei sollte auch der Zugang zu den Mitteln des Förderfonds für die Inanspruchnahme dieser Angebote geregelt werden, sofern besondere Beitragsreduzierungen, Erlass von Vereinsbeiträgen u.ä. nicht bereits durch Leistungsvereinbarungen oder ähnliche Vertragsgestaltungen geregelt sind.

7. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzungsmöglichkeiten von Patenschafts- und Mentoring-Modellen zur Förderung der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Benachteiligung weiter zu verfolgen und die Fachausschüsse darüber zu informieren.
8. Die in Punkt 2 der Vorlage V/0075/2009 genannten Ratsanträge der Fraktionen werden im Sinne der oben benannten Punkte weiter behandelt.“

Frau Dr. Obst erläuterte folgenden gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. [...]
2. Der "Förderfonds Lernen in Münster (FLIMS)", der punktuelle finanzielle Hilfestellungen leistet und dadurch eine umfassende Teilhabe von Kindern aus Familien mit niedrigerem Einkommen an schulischen Angeboten sichert, wird weiterentwickelt und durch eine Förderstruktur für außerschulische Aktivitäten ergänzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein umfassendes Fördernetzwerk für Kinder und Jugendliche auszuarbeiten. Ziel ist es, aufbauend auf dem 2007 gegründeten Fonds "FLIMS" ein Netzwerk zu schaffen, durch das Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich (Sport, Musik, Kultur etc.) noch gezielter unterstützt werden können.

Der neue Baustein der außerschulischen Förderung soll sich aus städtischen Mitteln (40.000 Euro, Deckung in 2009 aus dem Sozialdezernat), Stiftungsmitteln (20.000 Euro aus kommunalen Stiftungen) und aus eingeworbenen bürgerschaftlichen Geldern finanzieren. Die Mittel sollen von der Stiftung Generalarmenfonds verwaltet werden.

3. [...]
4. Wie vorher Nr. 2“

Es ergab sich eine kurze Erörterung.

Zu der Frage, ob bei dem sog. „FLIMS“-Fonds, der derzeit ausschließlich Schulen zur Verfügung steht, auch eine Mittelaufstockung mit entsprechendem Zweck für Kindertageseinrichtungen möglich ist, sagte die Verwaltung Prüfung zu.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Rickfelder, dass die im Antrag genannten Stiftungsmittel in Höhe von 20.000 EUR aus einer unerwarteten Rückerstattung zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies habe Herr Stadtrat Paal in der Sitzung der Stiftungskommission am 28.04.2009 ausgeführt.

Sodann ließ Herr Rickfelder zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL abstimmen. Der Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.



Der Antrag der CDU-Fraktion/ FDP-Fraktion wurde einstimmig bei 6 Enthaltungen angenommen.

Schließlich wurde über den Beschlussvorschlag der Vorlage in der so geänderten Fassung abgestimmt.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig bei 6 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage in folgender geänderter Fassung zu empfehlen:

### **Beschlussvorschlag:**

#### I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in Münster sehr viele und differenzierte Angebote und Maßnahmen bestehen, die Kindern und Jugendlichen mit Armutsrisiko gerechte Teilhabechancen geben. Die Verwaltung wird beauftragt, die konkrete Inanspruchnahme der Maßnahmen und Angebote durch Kinder und Jugendliche mit Armutsrisiko künftig zu beobachten, soweit möglich und sachgerecht, zu dokumentieren und im Rahmen des fachbezogenen Berichtswesens der Ämter abzubilden.
2. Der "Förderfonds Lernen in Münster (FLIMS)", der punktuelle finanzielle Hilfestellungen leistet und dadurch eine umfassende Teilhabe von Kindern aus Familien mit niedrigerem Einkommen an schulischen Angeboten sichert, wird weiterentwickelt und durch eine Förderstruktur für außerschulische Aktivitäten ergänzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für ein umfassendes Fördernetzwerk für Kinder und Jugendliche auszuarbeiten. Ziel ist es, aufbauend auf dem 2007 gegründeten Fonds "FLIMS" ein Netzwerk zu schaffen, durch das Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich (Sport, Musik, Kultur etc.) noch gezielter unterstützt werden können.

Der neue Baustein der außerschulischen Förderung soll sich aus städtischen Mitteln (40.000 Euro, Deckung in 2009 aus dem Sozialdezernat), Stiftungsmitteln (20.000 Euro aus kommunalen Stiftungen) und aus eingeworbenen bürgerschaftlichen Geldern finanzieren. Die Mittel sollen von der Stiftung Generalarmenfonds verwaltet werden.

3. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die weiteren Umsetzungsperspektiven eines der unter Ziffer 5 der Begründung dargestellten Patenschafts- oder Mentoring-Modells zu prüfen und die zuständigen Fachausschüsse über das Ergebnis zu informieren.
4. Folgende Ratsanträge sind als erledigt zu betrachten:
  - Ratsantrag Nr. A-R/0006/2006 der SPD-Fraktion: „Grundschulen mit sozialen Problemlagen unterstützen – Bildungschancen für Kinder verbessern –,
  - Ratsantrag Nr. A-R/0027/2006 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL: „11-Punkte-Programm Münsteraner Brennpunktschulen“,
  - Ratsantrag Nr. A-R/0028/2006 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL: „Förderbedarf statt Schülerzahl“,
  - Ratsantrag Nr. A-R/0031/2006 der SPD-Fraktion: „Zielgenaue Förderung sozial benachteiligter Kinder“,
  - Ratsantrag A-R/0018/2008 der SPD-Fraktion: „Hürden für Betreuungsangebote abbauen – mehr Bildungschancen durch kostenloses Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

#### II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage keine Kosten oder Folgekosten verbunden sind.

**Punkt 9 der Tagesordnung****Flexible Kindertagesbetreuung****Punkt 9.1 der Tagesordnung  
V/0273/2009****Flexible Kindertagesbetreuung - Auswertung der  
Elternumfrage Dezember 2008**

Herr Rickfelder begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Seligmann (IJS/ Institut für Jugendrecht, Organisationsentwicklung und Sozialmanagement).

Herr Dr. Seligmann stellte die Ergebnisse der Elternumfrage anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Er betonte, dass die Zusammenstellung lediglich als Basis für mögliche Maßnahmen dienen und Anhaltspunkt für die aktuellen Bedarfe sein sollte.

Es bestand im Ergebnis Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass sich die Kindertagesbetreuung nicht ausschließlich nach dem Bedarf der Wirtschaft und der Arbeitgeberseite ausrichten dürfe. Vielmehr müsse ein kooperativer Weg beschritten werden, der alle Interessen in angemessener Weise berücksichtige.

Herr Bolte beantragte gemeinsam für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten,

- mit den verschiedenen Trägern in Gespräche einzutreten, um insbesondere im Rahmen des "35-Stunden-Angebotes" zu so genannten Blocköffnungszeiten zu kommen, d.h. dass die Einrichtungen durchgängig über Mittag geöffnet haben und damit ein gesichertes Angebot für die Eltern besteht,
- weiterhin zu prüfen, inwieweit Öffnungszeiten bedarfsgerecht über 16.00 Uhr bis 18.30 Uhr angeboten werden können.  
Dazu ist modellhaft auch die Einbeziehung von Tagesmüttern in den Kitas zu prüfen.“

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

Des Weiteren beschloss der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion einstimmig bei 2 Enthaltungen:

„Die Verwaltung wird gebeten,

- mit den verschiedenen Trägern in Gespräche zu einzutreten, um insbesondere im Rahmen des „35-Stunden-Angebotes“ zu so genannten Blocköffnungszeiten zu kommen, d.h. dass die Einrichtungen durchgängig über Mittag geöffnet haben und damit ein gesichertes Angebot für die Eltern besteht,
- weiterhin zu prüfen, inwieweit Öffnungszeiten bedarfsgerecht über 16.00 Uhr bis 18.30 Uhr angeboten werden können.  
Dazu ist modellhaft auch die Einbeziehung von Tagesmüttern in den Kitas zu prüfen.“

**Punkt 9.2 der Tagesordnung****„Grundlagen zur Umsetzung flexibler Betreuungsangebote für Kindertageseinrichtungen in Münster“ - eine Handreichung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII – „Kindertagesbetreuung“**

In Ergänzung zu dem vorhergehenden Bericht erläuterte Frau Busch-Böckmann für die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII – AG 5 „Kindertagesbetreuung“ die Inhalte der Handreichung „Grundlagen zur Umsetzung flexibler Betreuungsangebote für Kindertageseinrichtungen in Münster“.

Auch sie wies auf die Bedeutung der ausgewogenen Balance zwischen den Bedarfen der Kindertageseinrichtung, der Eltern und des Kindes hin. Sie beschrieb die in der Handreichung dargestellten Modellvorschläge und führte aus, dass die Mitglieder der AG 5 nach § 78 SGB VIII – „Kindertagesbetreuung“ bereit seien, ggf. über die bisherige Handreichung hinausgehendes Material zu erarbeiten.

Die Fraktionen begrüßten die Ausführungen und bedankten sich für die Arbeit.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 10 der Tagesordnung  
V/0855/2008****10 Jahre Gesundheitshaus**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung  
V/0202/2009****Jahresbericht 2008 des Familienbüros**

Herr Rickfelder bedankte sich bei den beiden Mitarbeiterinnen des Familienbüros, Frau Neumair-Otto und Frau Lengemann, für die gute Arbeit des Jahres 2008. Auch Frau Pohl betonte, dass die zahlreichen Anfragen und Wünsche im Familienbüro nur durch das Engagement und die Kompetenz der Mitarbeiterinnen erfolgreich bearbeitet werden könnten.

Frau Möllers begrüßte zudem die interkulturelle Ausrichtung des Familienbüros. Es sei sehr hilfreich, dass zahlreiche Publikationen auch in weiteren Sprachen (z.B. Türkisch) erhältlich seien.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung  
V/0211/2009****Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (Zukunftsinvestitionsgesetz) in der Kinder- und Jugendhilfe**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 13 der Tagesordnung  
V/0289/2009****u3-Ausbauprogramm der Stadt Münster - Zuschüsse für freier Träger zum erforderlichen Ausbau des Raumprogramms**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 14 der Tagesordnung  
V/0242/2009**

**Errichtungsbeschluss: Nutzung von Räumlichkeiten in der Astrid-Lindgren-Schule für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Gelmer**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags der Vorlage zu empfehlen:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. In Münster-Gelmer wird eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit errichtet. Dafür werden finanzielle Mittel in Form von Personalkosten im Umfang einer halben Stelle sowie Betriebs-, Programm- und Honorarkosten zur Verfügung gestellt.
2. Die in der Astrid-Lindgren-Schule freistehende Hausmeisterwohnung (ca. 128 qm) wird für diese Zwecke aus Fördermitteln des Bundes (Konjunkturpaket II, vgl. Vorlage V/0137/2009/2) hergerichtet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzung der gegenüberliegenden derzeit vermieteten Wohnung nach Freizug für eine Nutzung von kinderpädagogischen Angeboten zu prüfen.
4. Die Trägerschaft der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit wird dem Verein zur Förderung der offenen Jugendarbeit Münster-Mecklenbeck e.V. übertragen. Mit dem Träger wird eine Leistungsvereinbarung geschlossen.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Jugendforum Ost sowie Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil Gelmer in die Detailplanung und die Angebotsgestaltung eingebunden werden.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Investitionskosten in Höhe von 155.000 Euro entstehen.

Darüber hinaus entstehen jährliche Brutto-Folgekosten (Gesamtbetriebskosten) in Höhe von max. 35.000 Euro. Der Zuschuss zu den Gesamtbetriebskosten wird noch um entsprechende Trägeranteile (10 % Eigenanteil) verringert.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel für die o. g. Sachentscheidung stehen wie folgt im Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der nachfolgenden Produktgruppe zur Verfügung:

<b>Aufwendungen</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit	2009 ff.	<b>31.500</b>	Um Trägeranteil reduzierte Gesamtaufwendungen
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				31.500	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Finanzmittel für die Investition in Höhe von 155.000 Euro über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt worden sind (Finanzierung aus Bundesfördermitteln – Konjunkturpaket II, vgl. Vorlage V/0137/2009/2).

**Punkt 15 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Herr Bolte informierte die Mitglieder des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien darüber, dass Frau Carmen Greefrath am 01.06.2009 nach Köln umziehen werde und daher aus dem Ausschuss ausscheide. Er bedankte sich bei ihr für die gute Zusammenarbeit und überreichte ein Präsent.

Frau Greefrath bedankte sich sehr herzlich und erklärte, bei einer eventuellen Rückkehr nach Münster gern wieder in dem Themenfeld mitarbeiten zu wollen.

Ende der Sitzung: 20.12 Uhr

gez.  
Josef Rickfelder  
Vorsitz

gez.  
Heike Dierks  
Schriftführung